

Presseinformation 15/2025

Mehr Rückschritt wagen

Das [UNEP Umweltprogramm der UN](#) weist derzeit eine CO₂-Belastung in der Atmosphäre von 427 ppm aus. Die Stabilität des Weltklimas hing in den letzten 10.000 Jahren von einem Wert zwischen 250 und 350 ppm ab. Folglich wird sich der Klimawandel verschärfen, weiterhin große Zerstörungen und viel Leid mit sich bringen. Bei der nächsten Katastrophe durch Extremwetterereignisse wird auch die neue Koalition in Deutschland erstaunt feststellen, dass der Klimawandel real ist. Je länger die notwendigen Maßnahmen auf die lange Bank geschoben werden, umso teurer wird es für uns werden.

Die Liste des Rückschritts beim Klimaschutz im Koalitionsprogramm ist lang, unter anderem:

- Das Heizungsgesetz wurde viele Jahre lang diskutiert und verhindert, bis das Bundesverfassungsgericht ein Machtwort sprach. Das von der letzten großen Koalition verabschiedete Gesetz war schwammig und unpräzise. Es wurde von der Ampelregierung neu aufgestellt. Die Internationale Energieagentur IEA hat es kürzlich erst als großartige Leistung gelobt. Jetzt soll es abgeschafft werden, um fossilen klimaschädlichen Energieträgern unter dem Deckmantel der Technologieoffenheit zu fördern.
- Der Kohleausstieg und damit der notwendige Strukturwandel werden aufgeschoben. Ein überdimensionierter Ausbau weiterer Gaskraftwerke soll erfolgen. Dieser Wiedereinstieg in eine fossile Energieerzeugungsstruktur wirkt Strompreis steigernd. Die dann vorgesehen pauschale Senkung der Stromsteuer fördert auch Unternehmen, die es nicht nötig haben. Das ist teuer und ineffizient. Statt Gießkanne ist eine gezielte Förderung sinnvoller. Zudem soll dann durch die Erhöhung des CO₂ Preises die fossilen Energiestrukturen wieder verteuert werden. Diese Energiepolitik erweckt den Eindruck eines planlosen Ansatzes.
- Die letztjährigen Bauernproteste werden belohnt und die klimaschädliche Subvention des Agrardiesels wieder eingeführt. Die vielfältigen Proteste der Klimaschützer zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen finden keine Berücksichtigung.
- Ein Tempolimit soll nicht kommen, die Pendlerpauschale soll erhöht werden, Fliegen wird billiger gemacht, das Deutschlandticket wird verteuert. Erneut wird so der Verkehrsbereich keinen substantziellen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
- Das Anrechnen von internationalen Emissionsminderungen erinnert an die leidliche Diskussion als der frühere CSU-Entwicklungsminister den Bau peruanischer Radwege veranlasste.

Sorge mache, dass die Union die klimarelevante Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik managen soll und die SPD die Verantwortung in der Klimaschutzpolitik im Umweltministerium innehat. Hier seien in der Verantwortungsstruktur der Koalition Konflikte auf dem Rücken des Klimaschutzes vorprogrammiert.

Sorge mache auch die Ankündigung, dass Fördermittel aus dem Transformationsfonds bspw. für eine energetische Gebäudesanierung als "Klimageld" umetikettiert werde, oder dass maßgeblich Fördermittel in die Fusionsforschung und die Raumfahrt gesteckt werden sollen. Die Fusionsforschung werde seit den fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts gefördert und werde auch in den kommenden Jahrzehnten zu keinem Kraftwerk führen. Ob die Förderung der Raumfahrt, eine deutsche Mond- oder Marsmission, Lösungen für den menschengemachten Klimawandel bringe, sei ebenfalls mehr als zweifelhaft.

Wie insgesamt mit den geplanten Rückschritten, einer eher planlos wirkenden Klimapolitik die Klimaziele eingehalten werden können, und alle Ansätze der neuen Koalition unter Finanzierungsvorbehalte gestellt werden, ist nicht erkennbar, kommt der Verband für Wirtschaft und Umwelt sowie der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz zu einem abschließenden Urteil über den neuen Koalitionsvertrag.